

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 2,20 Mk. von auswärts 3.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 7,50 Mk. von auswärts 9.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290

Nr. 27

Mittwoch, den 1. Februar 1922

13. Jahrgang

## Der Eisenbahnerstreik beschlossen.

Berlin, 1. Febr. (W.Z.B.) Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten beschloß mit 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, in der kommenden Nacht um 12 Uhr in den Streik einzutreten.

Die gestrige Sitzung des Hauptvorstandes der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter verlief außerordentlich stürmisch. Die Oppositionsgruppe, die den Streik verurteilt, bezweifelte das Recht des erweiterten Vorstandes, über die Köpfe der Mitglieder hinweg einen Beschluß zu fassen, der nicht nur für die Beamten selbst die allerschwersten Folgen haben könnte. Nach Ansicht der gemäßigten Beamtenvertreter sei das Angebot der Regierung durchaus annehmbar gewesen. Die Vertreter der Unterbeamten und der Lokomotivführer erklärten dagegen, daß die Zugeständnisse der Regierung unannehmbar seien. Die Debatte, die um 2 Uhr begonnen hatte, wurde gegen 7 Uhr abends so erregt, daß der Vorsitzende die Sitzung auf einige Zeit unterbrach.

Zur Hauptauschüß des Reichstags erklärte Abgeordneter Müller-Frankau (S.), daß die Reichsgewerkschaft von langer Hand alle Vorbereitungen für einen Streik getroffen habe. Keine Partei würde die Verantwortung für die Annahme des Ultimatums, das 50—60 Milliarden Beamtenbesoldungserhöhungen verlange, übernehmen. Vizekanzler Bauer betonte die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums der Reichsgewerkschaft. Jeder verständige und sich seiner Verantwortung voll bewußte Arbeitervertreter müsse sich gegen ein solches Ultimatum auf das Volkswohl wenden. Die Reichsregierung müsse mit allen ihr zur Verfügung stehenden Nachmitteln den ihr aufgezwungenen Kampf aufsuchen.

Zu der Streikabsicht der Reichsgewerkschaft schreibt der „Vorwärts“ u. a.: Das Unternehmen werde, wenn es zur Ausführung gelange, von jedem Standpunkt aus, auch vom gewerkschaftlichen, verworfen werden müssen. Die Eisenbahnbeamten sollten einen Kampf, in dem sie fast alles und alle gegen sich haben, vermeiden. Für berechnete Forderungen, die ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit erfüllbar sind, werde sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Entschiedenheit einsetzen. Von der Regierung erwarte sie, daß sie zur Verständigung bereit sein werde mit Beamten, die sich mit ihr verständigen wollen, daß sie sich aber einem Diktat nicht beugen werde.

## Die Lösung des Reparationsproblems.

Der vom 30. Januar datierte Begleitbrief, mit dem die Reparationskommission das deutsche Memorandum den alliierten Regierungen übermittelt, erinnert an den Beschluß, den die Kommission am 13. Januar in Cannes gefaßt hat, und fügt hinzu, daß die deutsche Regierung die verlangten Schriftstücke der Reparationskommission hat zugehen lassen. Die letztere überreichte sie den in ihr vertretenen Regierungen und bitte mitzuteilen, ob diese die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen oder sie zur Beschlussfassung an die Kommission zurückzuverweisen beabsichtigen. Das Schriftstück ist unterzeichnet von Dubois und Bradbury.

„Matin“ weist darauf hin, daß nach seiner Kenntnis die englische Regierung eine neue Lösung des Reparationsproblems ins Auge fasse, durch die Frankreich und England zu Opfern verpflichtet würden, die aber ausgeglichen werden sollen durch eine Lösung der Frage der alliierten Schulden, an der sich Amerika beteiligen werde.

## Der einsichtige Hohenzollernprinz.

In einem Briefe des früheren deutschen Kronprinzen an den Staatsrechtslehrer Professor Dr. Jörn, der dieses Schreiben dem „Tag“ zur Verfügung gestellt hat, heißt es u. a.: In der jetzigen Zeit schwerster vaterländischer Not dürfe die Frage Republik oder Monarchie überhaupt keine Rolle spielen. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 habe sich die von dem deutschen Volke gewählte Nationalversammlung zur republikanischen Staatsform bekannt und damit eine Tatsache geschaffen. Jede Staatsform könne heute einem Volk nur zum Segen gereichen, wenn sie sich auf eine von der Mehrheit dieses Volkes gebilligte Verfassung stütze. Es sei deshalb ein Verbrechen, heute in Deutschland Klaffengegenstände zu verschärfen. Die deutsche Arbeiterschaft sei ein Bestandteil des Volks-

ganzen, und keine Staatsform könne sich auf die Dauer halten, die nicht auch von dem Vertrauen der Arbeitermehrheit getragen werde. Daß die Friedensmöglichkeiten nach der Marnechlacht nicht geschäfter ausgenutzt wurden, sei ein Fehler der deutschen politischen Setzung gewesen. Die Frage nach den Schuldigen oder Miteinschuldigen solle man aber endlich verstummen lassen. Der frühere Kronprinz gibt am Schluß seines Briefes der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn ihm die Stunde der Befreiung schlage, für ihn noch Raum in der deutschen Heimat sein werde.

Der frühere Kronprinz war vor dem Kriege der Liebling der Alldeutschen, deren Wohlgefallen sich der sonst harmlose junge Mann durch sein bekanntes „Zimmer feste druff“ erworben hatte. Nach dem Kriege will er jetzt mit der deutschnational-alldeutschen Geopolitik nichts gemein gehabt haben. Sollte der oben mitgeteilte Brief den Tatsachen entsprechen, so dürfte er kaum damit das Wohlgefallen der Deutschmonarchisten erringen. Deren Führerin Käthe Schirmer erklärte schon vor einiger Zeit, daß die monarchistische Wiedergeburt Deutschlands nicht mit diesem Hohenzollernsprößling an der Spitze erfolgen wird, was im übrigen auch unsere Meinung ist.

## Rathenau Deutschlands Außenminister.

Berlin, 31. Jan. (W.Z.B.) Der Reichspräsident hat Herrn Dr. Walter Rathenau zum Minister des Auswärtigen ernannt.

Die Ernennung Rathenaus zum Minister für Auswärtiges kann man nur begrüßen. Rathenau, der frühere Leiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, ist einer der führenden Köpfe der deutschen Industrie, ohne daß er den borniert kapitalistischen Standpunkt einnimmt, wie z. B. Stinnes. Politisch gehört Rathenau zur Demokratischen Partei. Als Wiederaufbauminister im ersten Kabinett Birts hat er sich große Verdienste um das sogenannte Wiesbadener Abkommen mit Frankreich erworben. Er war ferner Führer der deutschen Delegation in Cannes und hat durch seine geschickte Art mit dazu beigetragen, daß wenigstens bei einem Teil unserer früheren Kriegsgegner eine glünstigere Beurteilung Deutschlands Platz gegriffen hat. Daß er besonders heftigen Angriffen der Rechtsparteien ausgesetzt ist, ist für ihn nur ehrend.

Die Deutsche Volkspartei ist über die Ernennung Rathenaus arg verschmüpft. Ihr Organ „Die Zeit“ meldet:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes durch Dr. Rathenau wird in der Fraktion der Deutschen Volkspartei als ein beabsichtigter Vorstoß des Reichskanzlers gegen die von der Fraktion aufgestellten Voraussetzungen für die Zustimmung zum Steuerkompromiß angesehen. Infolgedessen besteht für die Fraktion ansehnlich der bevorstehenden endgültigen Verhandlung des Steuerkompromisses wiederum volle Handlungsfreiheit.

Die bisherigen Regierungsparteien, Sozialdemokraten und Zentrum nebst den Demokraten haben allein nicht die Mehrheit im Parlament. Die direkte Unterstützung des Kabinetts durch die Unabhängigen ist ungewiß. Ob die Deutsche Volkspartei es auf eine Regierungskrise wird ankommen lassen, bleibt abzuwarten. Sollte die Volkspartei der Regierung ihre Unterstützung entziehen, so würde Reichskanzler Birts wahrscheinlich den Reichstag auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Diese Lösung erscheint uns angesichts der Sabotagepolitik der Rechtsparteien als das Geringste.

## Blutiger Zusammenstoß in Oberschlesien.

In der letzten Nacht entstand in Petersdorf aus Anlaß der Durchsuchung eines Hauses nach Waffen eine Schießerei zwischen Zivilpersonen und französischen Soldaten. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Wie verlautet, haben die Franzosen 25 Verwundete und zwei Tote zu beklagen. Infolge dieses Vorkommnisses wurde von der interalliierten Kommission der Belagerungszustand über Gleiwitz und Umgebung für die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh verhängt. Von 9 Uhr abends ab müssen die Straßen von Passanten frei sein.

Im Zusammenhang mit dem über Gleiwitz verhängten Belagerungszustand sind die dort erscheinenden Zeitungen unter Zensur gestellt worden.

## Die Steuergesetzgebung im Freistaat.

Von Abg. Walter Reek.

Von allen Staatswesen des Deutschen Reiches ist Danzig das einzigste, in welchem das alte preussische Staatseinkommensteuergesetz vom 24. Juni 1901, welches durch die Novelle vom 19. Juni 1906 in einigen Punkten abgeändert wurde noch in Kraft. Als Oberbürgermeister der Stadt Danzig nannte der jetzige Senatspräsident Sahm dieses Gesetz das „alte gute preussische Staatseinkommensteuergesetz“. Allerdings ist das Gesetz seit Befreiung der Freien Stadt Danzig durch zwei Novellen in einigen Artikeln abgeändert worden. Die wesentlichsten Bestimmungen aus dem alten preussischen Staatseinkommensteuergesetz gelten aber nach wie vor. Die allerschlimmsten Missetaten sind diesem Gesetz durch das Danziger Gesetz vom 27. Juni 1921 entfernt worden. In der Begründung des Gesetzes führt der jetzige Senator der Finanzen, der Geheimrat Volkman, an, daß der Gesetzentwurf vor allen Dingen die organische Weiterentwicklung des Gesetzes in sozialer Hinsicht bezwecken soll. Es soll nach Volkman eine Entlastung der kleineren Einkommen und eine gerechtere Besteuerung der Zahlungsfähigen eintreten. Daher sah denn auch der Artikel 8 des Gesetzes vor, daß derjenige, der ein ganz geringes Einkommen habe, von diesem Einkommen 700 Mark pro Kind steuerfrei haben soll, während derjenige, der ein ganz hohes Einkommen hat, befreit sein sollte, pro Kind 1500 Mk. von diesem Einkommen in Abzug zu bringen. Alle 21 Artikel dieses Gesetzes hatten denselben reaktionären Geist, wie er in dem Danziger deutschnationalen Senat in seiner jetzigen Zusammensetzung bei jeder Gelegenheit sich offenbart. Dieser selbe Senat bestimmte in Gemeinschaft mit der Voreinschätzungskommission denn auch, daß die Besitzer auf dem Lande pro Hektar für den besten Boden 300 Mark Reinertrag Steuern zu zahlen haben, während das Einkommen der Land- und städtischen Arbeiter bis zum allerletzten Pfennig erfaßt wurde.

Wie gerade die besitzenden Klassen und vor allen Dingen die Besitzer auf dem Lande sich um die direkte Einkommensteuer herumzubücken verstanden, ergibt die amtliche Zusammenstellung für das Steuerjahr 1920. Nach dieser amtlichen Liste gab es im Steuerjahr 1920 — 121 512 Steuerpflichtigen im Bereich der gesamten Freien Stadt Danzig. Hiervon versteuerten 118 955 ein Einkommen bis zu 6000 Mark, so daß nur 757 Steuerpflichtigen übrigblieben, die ein Einkommen über 6000 Mark versteuerten. Dem Schreiber dieses ist eine ganze Liste von Landwirten bekannt, die bei einem Viehbestand von 6 Pferden und 18 Kühen 70 Mark Staatseinkommensteuer bezahlen mußten. Andere mit 4 Pferden und 12 Kühen gar nur 16 Mark, während in derselben Gemeinde ein beschlossener Kriegswald, der nur von seiner Hände Arbeit lebte, 92 Mark Staatseinkommensteuer bezahlen mußte. Nach uns gewordenen Mitteilungen soll ja nun mit diesen schamlosen Steuerhinterziehungen für das Steuerjahr 1922 ein Ende gemacht werden. Der Senat hat in Gemeinschaft mit der Voreinschätzungskommission für den Sektor besten Bodens einen Reinertrag zum Zwecke der Steuerzahlung von 1600 Mark zugrunde gelegt. Aber selbst dieser Betrag ist viel zu gering und entspricht den heutigen Verhältnissen auf dem Lande nach keiner Richtung hin. Selbst nach Ansicht von einsichtigen Landwirten konnte und mußte der Reinertrag pro Hektar mit mindestens 3000 Mark angesetzt werden. Bisher war es in üblich, daß die Herrschaften auf dem Lande nur höchstens denjenigen Betrag versteuerten, den sie Jahr für Jahr ihrem Vermögenstande als Kapital zuführten, während andererseits der Arbeiter in Stadt und Land, und nicht nur diese, sondern neuerdings auch alle Beamten und Angestellten ihr Einkommen bis auf den letzten Pfennig versteuern mußten.

Um dieser Steuerdrückbergerei ein Ende zu machen, verlangten die Sozialdemokraten im Volkstage und werden dieses auch für die Zukunft stets verlangen, daß die Steuerlisten innerhalb der Gemeinde für jedermann zur Kenntnis ausgelegt werden müssen. Leider wurden diese Anträge von den bürgerlichen Parteien des Volkstages, so oft wie wir sie stellten, abgelehnt. Dem Schreiber dieses gehen fortgesetzt Schreiben aus den Freistaatgemeinden zu, in welchen lebhafteste Klage über die ungerechte Steuerentlastung geführt werden. Aus der Gemeinde Petershagen schreibt uns z. B. ein kleinerer Mann, daß er zu einem Betrag von 561 Mark veranlagt worden sei, der nebenbei ein dauernd unheilbares Magen- und Nervenleiden hat, während ein Besitzer mit 64 kalmischer Morgen Land besten Bodens nur 600 Mark Steuern zu zahlen hat. Inzuezt liegt dem Volkstage eine größere Anfrage vor, wonach auch für das Freistaatsgebiet das Abänderungsgesetz vom 17. Dezember 1921, welches der Deutsche Reichstag beschlossen hat, wonach bei Einkommen bis zu 50 000 Mark eine wesentliche Erleichterung eintreten soll, vor. Es wird abzuwarten sein, welche Stellung der Senat hierzu einnehmen wird. Es ist aber anzunehmen, daß die bürgerlichen Parteien des Volkstages sich durch die Ausführungen des Senators Volkman wieder platt schlagen lassen werden. Denn dieser erklärt, daß der Finanzbedarf des Freistaates so groß sei, daß eine solche Entlastung der kleineren Einkommen nicht vor-









